

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkontonummer Leipzig 28614

Gründet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den Inland- und Ausland-Vertrieb bei Gebührensabnahme monatlich 4 Mk., durch unsere Redaktionskassen in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen lebhaften Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle ist der Bezugsnehmer auf Lieferung der Zeitungs- oder Abgabe des Bezugspreises.



Interessentpreis 1 Mk. für die 6spaltige Normzeile oder deren Raum, 2spaltig 1/2 Mk., 4spaltig 3/4 Mk., 5spaltig 1 Mk., 6spaltig 1.20 Mk., 7spaltig 1.40 Mk., 8spaltig 1.60 Mk., 9spaltig 1.80 Mk., 10spaltig 2.00 Mk., 11spaltig 2.20 Mk., 12spaltig 2.40 Mk., 13spaltig 2.60 Mk., 14spaltig 2.80 Mk., 15spaltig 3.00 Mk., 16spaltig 3.20 Mk., 17spaltig 3.40 Mk., 18spaltig 3.60 Mk., 19spaltig 3.80 Mk., 20spaltig 4.00 Mk., 21spaltig 4.20 Mk., 22spaltig 4.40 Mk., 23spaltig 4.60 Mk., 24spaltig 4.80 Mk., 25spaltig 5.00 Mk., 26spaltig 5.20 Mk., 27spaltig 5.40 Mk., 28spaltig 5.60 Mk., 29spaltig 5.80 Mk., 30spaltig 6.00 Mk., 31spaltig 6.20 Mk., 32spaltig 6.40 Mk., 33spaltig 6.60 Mk., 34spaltig 6.80 Mk., 35spaltig 7.00 Mk., 36spaltig 7.20 Mk., 37spaltig 7.40 Mk., 38spaltig 7.60 Mk., 39spaltig 7.80 Mk., 40spaltig 8.00 Mk., 41spaltig 8.20 Mk., 42spaltig 8.40 Mk., 43spaltig 8.60 Mk., 44spaltig 8.80 Mk., 45spaltig 9.00 Mk., 46spaltig 9.20 Mk., 47spaltig 9.40 Mk., 48spaltig 9.60 Mk., 49spaltig 9.80 Mk., 50spaltig 10.00 Mk., 51spaltig 10.20 Mk., 52spaltig 10.40 Mk., 53spaltig 10.60 Mk., 54spaltig 10.80 Mk., 55spaltig 11.00 Mk., 56spaltig 11.20 Mk., 57spaltig 11.40 Mk., 58spaltig 11.60 Mk., 59spaltig 11.80 Mk., 60spaltig 12.00 Mk., 61spaltig 12.20 Mk., 62spaltig 12.40 Mk., 63spaltig 12.60 Mk., 64spaltig 12.80 Mk., 65spaltig 13.00 Mk., 66spaltig 13.20 Mk., 67spaltig 13.40 Mk., 68spaltig 13.60 Mk., 69spaltig 13.80 Mk., 70spaltig 14.00 Mk., 71spaltig 14.20 Mk., 72spaltig 14.40 Mk., 73spaltig 14.60 Mk., 74spaltig 14.80 Mk., 75spaltig 15.00 Mk., 76spaltig 15.20 Mk., 77spaltig 15.40 Mk., 78spaltig 15.60 Mk., 79spaltig 15.80 Mk., 80spaltig 16.00 Mk., 81spaltig 16.20 Mk., 82spaltig 16.40 Mk., 83spaltig 16.60 Mk., 84spaltig 16.80 Mk., 85spaltig 17.00 Mk., 86spaltig 17.20 Mk., 87spaltig 17.40 Mk., 88spaltig 17.60 Mk., 89spaltig 17.80 Mk., 90spaltig 18.00 Mk., 91spaltig 18.20 Mk., 92spaltig 18.40 Mk., 93spaltig 18.60 Mk., 94spaltig 18.80 Mk., 95spaltig 19.00 Mk., 96spaltig 19.20 Mk., 97spaltig 19.40 Mk., 98spaltig 19.60 Mk., 99spaltig 19.80 Mk., 100spaltig 20.00 Mk.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inserenten: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 139.

Freitag den 17. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Im Reichsrat wurde der Gesetzentwurf über die neuen Fernsprechtarife genehmigt. Für den Nachverleib soll das neue Gesetz am 1. Oktober in Kraft treten.
- * Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über die schwebende Auflösung der Kriegsgesellschaften zugegangen.
- * Die am Rhein erhobenen Zollgebühren in Ausführung der Sanctionen haben nach Meldungen aus Paris im ersten Monat einen Ertrag von 170 Millionen Franken ergeben.
- * Das Garantiekomitee für die deutsche Reparationsschuld ist aus Paris in Berlin eingetroffen.
- * Der Kongress der französischen Gewerkschaft der Arbeiter der Post, Telegraphen- und Telephonverwaltung erklärte sich für den Anschluss an die Internationale von Moskau.
- * Ein französischer Regierungserlass gibt die Einfuhr und den Handel für Weizen vom 1. August ab frei.

Notwendigkeiten.

Man findet hier und da, daß der preussische Ministerpräsident mehr, als es sonst ein Mann in seiner Stellung zu tun pflegt, vor der Öffentlichkeit sein Herz ausschüttet, und manche kritischen Beurteiler geben der Ansicht Ausdruck, daß diese Redseligkeit auf eine von Herrn Stegerwald selbst gefühlte Schwäche seiner politischen Stellung schließen lasse. Zugegeben, daß diese Empfindungen an sich einige Wahrscheinlichkeit für sich haben. Wer aber die Persönlichkeit des gegenwärtigen preussischen Ministerpräsidenten kennt, wird doch eher dazu neigen, seine Reden und Unterredungen aus dem aufrichtigen Bedürfnis nach Offenheit und Verständigung mit Freund und Feind zu erklären. Jedenfalls, er ist ein Mann, der aus seinem Herzen keine Würdegrube macht, und eher die Öffentlichkeit aufsucht, als daß er ihr aus dem Wege geht. Eine Eigenschaft, die gerade heutzutage, in den Zeiten der Selbstverantwortung des Volkes, jedermann willkommen sein sollte.

Was Herrn Stegerwald abermals zum Sprechen veranlaßt, das sind die fortgesetzten Vorwürfe, daß es ihm nicht gelinge, die preussische Regierung nicht ernst sei, obwohl sie bei der letzten Reichstagswahl in den ersten Rängen auch von ihm rückhaltlos zugestimmt worden wäre. Vorwürfe dieser Art verdächtigen seinen politischen Charakter, und Herr Stegerwald empfindet den Vorwurf, daß er sich dagegen wehren muß. Aber er unterwirft sich in diesen Dingen nicht denjenigen, denen die Staatsnotwendigkeit im Mittelpunkt ihrer politischen Überlegungen stehen, und den anderen, denen die Parteipolitik alles ist; zwischen denen, die von einer formalistischen Denkwelt nicht loskommen können, und den anderen, die die gegebenen politischen Tatsachen und Möglichkeiten nicht aus den Augen verlieren. Als Beispiel für diejenige Richtung, der er nicht anhängt, nennt Stegerwald Herrn Erzberger, dessen Friedensresolution vom Juli 1917 er sachlich zwar gebilligt habe, dessen Weg zur Erreichung des Friedens er aber für falsch hielt, weil damals eben die gegebenen Tatsachen, als da waren: der preussische Staat, der Generalstab und fast sämtliche Wirtschaftskräfte, gegen Erzberger standen. Und auch auf die seltsame Tatsache weist Stegerwald hin, daß die Wehrvertragsdemokraten mit ihren ausgesprochen antikapitalistischen Anschauungen seit 2 1/2 Jahren im Reich und in Preußen die Politik stark beeinflussen, daß aber trotzdem noch zu keiner Zeit der deutschen Geschichte eine Reihe von Großbanken und Industrien so große Gewinne erzielt hätten, und daß auf der anderen Seite die breiteren Volksschichten noch nie so ausgewuchert wurden wie in der Zeit nach der Revolution. Also folgert Herr Stegerwald: mit Gesetzen und Parlamentsbeschlüssen allein ist den Dingen nicht beizukommen. Gewiß, eine starke Regierung tut uns vor allem not, und die jetzige preussische Regierung ist nicht weniger als stark. Aber die Rückkehr zur alten Koalition — Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten — würde bedeuten, daß Preußen noch mehr als jeht auf politischen Sätzen gehen müßte, und dafür wäre er unter keinen Umständen zu haben. Denn welche Aufgaben habe Preußen in nächster Zeit zu lösen? Einmal die nachdrücklichste Steigerung der Erzeugungskraft der Landwirtschaft, dann die Ausgleichung des Staatshaushaltes mit Hilfe einer ertragreichen Grundsteuer und schließlich die Durchführung der Verwaltungsreform. Keine dieser drei Aufgaben aber lasse sich zurzeit in Preußen lösen, wenn man den geschlossenen Widerstand der deutschen Reichsparteien, denn die Landwirtschaft läßt sich einmal zum größten Teil nicht in den linksgerichteten Parteien ihre politische Vertretung, und Herr Lüdemann, der letzte preussische Finanzminister, wisse ein Liedchen davon zu singen, was aus Steuerplänen werden mag, wenn sie ohne Rücksicht auf die Anschauungen dieser breiten Kreise der Bevölkerung ausgearbeitet werden. Gibt es nicht auch, fragt Stegerwald, zwischen Zentrum und Sozialdemokraten in sehr vielen sozials- und kulturpolitischen Fragen schärfste Meinungsverschiedenheiten? Kann eine Regierung es wagen, ohne Rücksicht auf sie praktische Politik zu treiben, ohne bestrebt zu sein, schon bei der nächsten Gelegenheit zu scheitern? Ist es nicht vielmehr vernünftiger, für die Vorlagen, die notwendig sind, eine möglichst breite Front vorzubereiten, damit, was geschehen muß, auch möglichst reibungslos und erfolgreich durchge-

führt werden kann? Wer ohne Rücksicht auf diese gegebenen Sachverhältnisse Politik treiben will, baut in die Luft und hat es leicht, diejenigen als reaktionär zu beschimpfen, die nüchtern, vorsichtiger und überlegter vorgehen wollen. Aber wer ist heute nicht alles reaktionär! Nicht, sagt Herr Stegerwald, kann man ruhig so nennen. Das versängt bei mir nicht. Denn in den Augen der Kommunisten sind die Unabhängigen, in den Augen der Unabhängigen die Wehrvertragsdemokraten, in deren Augen wiederum die Demokraten reaktionär, und für diese schon reicht das Zentrum bedenklich nach Verweisung. Schlagworte, nichts als Schlagworte! Wer eine Umbildung der preussischen Regierung für notwendig halte, solle die dafür unentbehrlichen Voraussetzungen schaffen. Das sei nicht seine Aufgabe. Das hätten diejenigen Parteien zu tun, die durchaus wieder neue Umgruppierungen in Preußen für notwendig hielten. Er wolle sie bei dem Unternehmen gern mit Rat und Tat unterstützen. Solange es aber nicht gelungen sei, habe er als gewählter Ministerpräsident die Pflicht, die Staatsgeschäfte zu führen, so wie es jetzt eben möglich sei.

An Widerspruch gegen Herrn Stegerwald wird es natürlich nicht fehlen. Ob wir mit diesem Widerspruch allein aber vorwärts kommen, ist eine andere Frage.

Britisch-amerikanisches Bündnis?

Weltpolitische Pläne der Angelsachsen.
Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Mächten würde, ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen, die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen.

Der Präsident kündigt an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungsaustrausch mit den Alliierten stattgefunden habe. In dem Plan des britisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Einschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusssphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Verwirklichung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

Frankreichs Stellung.

In einem Leitartikel, den die „Times“ den Washingtoner, wohl als Fühler aufzufassenden Meldungen widmen, betont das Blatt zunächst die Notwendigkeit, Englands Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten. Nur die englische Torheit oder die Torheit Frankreichs könnte zu einem solchen Unglück führen. Wenn dies Ereignis unglücklicherweise eintreten sollte, dann müßten sich die Gedanken der englischen und der amerikanischen Staatsmänner notwendigerweise dem Abschluß einer engeren Abmachung zwischen den englisch sprechenden Völkern zuwenden. „Times“ geben der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn diese große Frage im Zusammenhang mit der Frage der Ratifikation des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten vor den Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme, jeder Opportunismus und jede Wankelmütigkeit aufgegeben werde.

Aus diesem Artikel ist deutlich zu erkennen, wie man in England schon jetzt mit allen Möglichkeiten rechnet, die Loslösung von Frankreich ebenso in Betracht zieht wie die Verbindung mit den Vereinigten Staaten gegen den bisherigen Bundesbruder, den in Amerika mit allergrößtem Mißtrauen beehnten Japaner.

Französischer Schritt in Berlin

Deutschland als Prügelknabe.

Je mehr sich in England, Italien und anderen Ländern die Erkenntnis Bahn bricht, daß der wirkliche Schuldige in Oberschlesien bei den französischen Vertretern zu suchen ist, desto hartnäckiger bleiben die Franzosen selbst auf ihrem Standpunkt stehen. Jetzt haben sie sogar die Stirn gehabt, offiziell in Berlin Beschlüsse zu fassen und der deutschen Regierung die Verantwortung zuzuschreiben. Natürlich, da Deutschland nun einmal den Krieg verloren hat, ist es eben der Prügelknabe für alles.

Das französische Auswärtige Amt ließ der Pariser Presse eine Erklärung zugehen, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Laurent wurde aufgefordert, in der Wilhelmstraße zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien durch die Haltung der deutschen Elemente in Oberschlesien nicht mehr gefährdet werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen sol-

ten durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden.

Ob die englischen und italienischen Vertreter sich wirklich diesem Schritte Frankreichs anschließen werden, möchten wir zunächst bezweifeln. Im übrigen scheinen die Franzosen vergessen zu haben, daß die deutsche Regierung augenblicklich in Oberschlesien gar keinen Einfluß hat. Sollte sie versuchen, solchen auszuüben, so würden sie es sich sehr verbitten.

Englische Ansichten.

Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt anlässlich der Zusammenkunft Rathenaus und Pouchetens, wenn das furchtbare Hindernis „Oberschlesien“ überwunden werden könnte, dann wäre es nicht vorzeitig, zu erklären, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines wirklich en Friedens mit seinem geschlagenen Nachbarn bewege.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause, ob die deutsche Regierung gegen das Ultimatum der Alliierten an den General Hoeler Einspruch erhoben habe, antwortete Chamberlain bejahend. Verneinend beantwortete er die Frage, ob die Rekrutierung und der Abtransport von Verstärkungen für den General Hoeler ungehindert weitergehen.

Freilassung deutscher Geiseln.

Die von den Insurgenten als Geiseln internierten drei deutschen Rosenberger Bürger, Reichstagsabgeordneter Blas, Schenkefegermeister Blesch und ein Sohn des Kaufmanns Krause, sind aus der Haft entlassen worden.

Die polnischen Banden haben ihre Angriffe auf Zembowiy im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abnahmungspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bedarf nicht, daß die Polen im Kreise Ratibor die Christen Mar-towit, Lucasine und Hohenbirten ermordet haben.

Die Einstellung der Säuberungsaktion in Oberschlesien durch die Interalliierte Kommission wird in ober-schlesischen Kreisen dahin beurteilt, daß der Grund der Weigerung des deutschen Selbstschutzes, sich zurückzuziehen, lediglich ein Vorwand sei. In Wirklichkeit ist die Interalliierte Kommission scheinbar nicht imstande, von sich aus einen einseitigen Aktionsplan durchzuführen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen mit Athenan in Paris?

Der französische Außenminister teilte dem Minister-rat in Paris mit, daß sich seine Besprechungen mit Rathenau ausschließlich auf die Frage der Schadenergütung beschränkt haben. Jetzt müsse noch die Art der zu liefernden Waren und die Art und Weise der Auslieferung der Bezahlung in natura festgesetzt werden. Die Verhandlungen sollen in Paris mit den deutschen Vertretern Bergmann und Wolf fortgesetzt werden. Wie aus Paris noch dazu gemeldet wird, soll Rathenau wahrscheinlich vom Obersten Rat eingeladen werden, seine Pläne persönlich oder durch seinen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates weiter zu erörtern.

Die neuen Steuerentwürfe.

Das neue Körperschaftsteuergesetz wurde in der letzten Kabinettsitzung verabschiedet und zur weiteren Beratung an den Reichsrat und Reichstag überwiesen. Weitere Steuerentwürfe werden voraussichtlich noch in dieser Woche vom Kabinett verabschiedet. Besprechungen mit den einzelnen Ländern sind auf die Gestaltung der einzelnen Gesetze nicht ohne Einfluß geblieben. In den bevorstehenden Verhandlungen wird die Art der Umsatzsteuer und die Erfassung der Goldwerte Gegenstand besonderer Erwägungen sein.

Zwei Generale als Kriegsbefehlshaber.

Ein neuer Kriegsbefehlshabersprozess vor dem Reichsgericht ist auf den 8. Juli anberaumt worden. An diesem Tage wird gegen Generalleutnant a. D. von Schack aus Kassel und den Generalmajor Krusta aus Bremen im Kreise Göttingen verhandelt, die von der französischen Regierung beschuldigt werden, in den Jahren 1914 und 1915 im Gefangenenlager Nieder-Zwehen bei Kassel in Zusammenwirkung als Orléanskommandant und Vorkämpfer des Gefangenenlagers den Ausbruch von Typhus verschuldet und dadurch Gefangene getötet zu haben.

Deutsch-Osterreich.

X Konflikt mit der Entente wegen der Anschlussbewegung. Dieser Tage richtete die großdeutsche Parteileitung an die Ententevertreter ein Schreiben, in welchem sie sich unter Beifügung der Beschlüsse ihres Parteitagess über die seitens der Entente geforderte Einschränkung der Anschlussbewegung beklagt und die Bitte ausdrückt, die Eingabe den Ententevertretern zu übermitteln. Der englische Gesandte beantwortete die Eingabe in klar ab-lehnendem Sinne und betonte dabei, daß die Art und